



173. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
12. November 2019

Antrag 1

Gesamt-Ökobilanz bei Personenkraftwagen

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Verpflichtende einheitliche Bewertung der Gesamt-Ökobilanz von Autos als Information für Käufer

Eines der wichtigsten Kaufkriterien bei der Entscheidung für ein Automodell beim Kauf eines Personenkraftwagens sind die Verbrauchsangaben und indirekt dadurch auch die Umweltfreundlichkeit. Derzeit verhindern die Produzenten jedoch gekonnt eine verlässliche Information dahingehend, gegenüber allen Verbrauchern.

Der VW Dieselskandal aus dem Jahr 2015 hat dazu geführt, dass in der EU ab 2019 der Verbrauch nach neuen Regeln und dadurch „realistischeren Verbrauchszahlen“ bei Neuwagen ausgewiesen sein soll. Derzeit ist diese EU Vorgabe in Österreich jedoch nur für Gedruckte Medien gültig und nicht für digitale Produktinformationen der Produzenten. Die Zukunft der Werbung und der Käuferentscheidungen liegt jedoch mit Sicherheit im Internet. Auch bei E-Autos sind die Verbrauchsangaben (z.B. Reichweite oder Kapazität der Batterien) zwischen verschiedenen Werbemedien nicht vergleichbar.

Die Vollversammlung der AK Wien fordert eine einheitliche Bewertung der:

- Gesamt-Ökobilanz bei der Autoherstellung (z.B. Energieverbrauch bei Produktion, Endverwertung)
- Verbrauchsparаметer im Online- und Druckbereich
- Jährliche Betriebskosten pro Jahr z.B. bei einer Laufleistung von 10.000 Kilometer pro Jahr (z.B. Steuern, Wartung, Verbrauch, jährliche Wertminderung etc.)
- Reichweite eines E-Autos (Stadtverkehr bzw. Freiland)

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



173. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
12. November 2019

Antrag 2

Faire Verteilung der Kosten im Energiesektor

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Faire Verteilung der Kosten im Energiesektor zwischen Haushalten und Industrie

Die Pariser Klimaziele, die Zielsetzungen der EU-Klima- und Energiepolitik 2030 und auch die österreichischen Ziele 2030 erfordern einen Umbau des gegenwärtigen Energiesektors. Die Netzinfrastruktur muss Richtung erneuerbarer Energien angepasst werden. Das wird hohe Investitionen in den kommenden Jahren notwendig machen. Die damit verbundenen Mehrkosten muss auf die unterschiedliche Nachfragegruppen im Energiesektor verteilt werden um eine faire Lastenverteilung zu gewährleisten. Diese finanziellen Mehrkosten werden insgesamt sehr groß sein und werden in einem relativ kurzen Zeitraum auf uns zukommen, falls wir die Ziele erreichen wollen.

Wie diese Kosten (z. B. zwischen Haushalten mit unterschiedlichem Einkommen bzw. zwischen Haushalten und Industrie) verteilt sind, wird die große Herausforderung der nächsten Jahre sein. Im liberalisierten Strommarkt profitieren Großabnehmer von den niedrigen Großhandels-Energiepreisen gegenüber den Haushalten. Ein höherer Verbrauch hat niedrigere Durchschnittskosten zur Folge. Diese derzeitige Struktur ist energie- und klimapolitisch problematisch, da sie Bemühungen zur Effizienzsteigerung im Großen und Ganzen behindert.

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert einen Umbau der Kostenstruktur als Basis für eine faire Preisbildung um den Anreiz von Effizienzsteigerungen im Energieverbrauch zu schaffen und parallel eine fairere Lastenverteilung der Kosten zwischen Privatverbrauchern und Industrie zu schaffen.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



173. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
12. November 2019

Antrag 3

Einheitliche Studententarife im öffentlichen Verkehr

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Kostengünstige einheitliche österreichweite Studententarife ohne Altersbeschränkung

Für Studenten, die aus eher ländlichen Gebieten zu ihrer Universität oder Hochschulen fahren müssen, bedeutet das oftmals eine zeitliche wie auch kostenmäßige Herausforderung. Diese Kosten steigen zusätzlich ab dem 26. Lebensjahr noch stärker an, da die Vergünstigungen im öffentlichen Verkehr wegfallen.

Viele Studierende sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen und es ist für sie sehr wichtig, dass entsprechend leistbare Tickets (z. B. Monatskarten) angeboten werden. Prinzipiell werden diese Tickets zwar in allen Bundesländern angeboten, jedoch gibt es Abseits der preislichen Gestaltung bei den Bezugsvoraussetzungen zahlreiche Unterschiede, um das entsprechende Ticket für das Bundesland in Anspruch nehmen zu dürfen (z.B. entweder Wohn- oder Studienort bzw. Wohn- und Studienort müssen im selben Bundesland sein). In vielen Fällen pendeln Studierende über Bundesländergrenzen hinweg zu ihrer Hochschule. Das erleichtert keinesfalls den Bezug eines vergünstigten Tickets.

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert für alle Studierenden ein kostengünstiges und österreichweit gültiges Ticket für den öffentlichen Verkehr ohne jegliche Altersbeschränkung.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



173. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
12. November 2019

Antrag 4

Öffentlicher Verkehr

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Den Ausbau des Eisenbahnverkehrs und die Sicherstellung der hohen Standards.

Die globale Erderwärmung ist durch den immensen Verbrauch an fossilen Energieträgern verursacht worden. Hauptverursacher für Österreichs Klimaschutzprobleme ist der Verkehrsbereich.

Laut Umweltbundesamt sind die Klimaziele in Österreich nicht allein durch den Einsatz von Elektroautos zu erreichen. Dem Personenverkehr und Transport auf der Schiene gehört also mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Fakt ist, dass in den Ballungszentren die Bahn an ihre Kapazitätsgrenzen anstoßen. Der Ausbau der Eisenbahninfrastruktur ist natürlich arbeits- und kostenintensiv, jedoch werden dadurch die Folgekosten für Klimaschäden erheblich verringert.

In Österreich wird der Nah- und Fernverkehr über sogenannte Verkehrsdienstverträge sichergestellt. Diese Verträge regeln mitunter auch die Kostenverteilung zwischen Bund und den Ländern des Eisenbahnverkehrs für die nächsten zehn Jahre.

Der Bahnverkehr wird in der Zukunft hinsichtlich der Klimaziele noch stärker an Bedeutung gewinnen. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Förderung des Eisenbahnverkehrs über jegliche Regierungswechsel hinweg gesetzlich zu verankern. Nur durch die Beibehaltung der Direktvergabe an öffentliche Verkehrsträger können wichtige Qualitäts-, Sicherheits- und Sozialstandards vor Dumping geschützt werden.

Die Vollversammlung der AK Wien fordert eine Mobilitätsgarantie in der Verfassung und die Beibehaltung der Direktvergabe an öffentliche Verkehrsträger um die hohen Standards (z.B. Sicherheit und Qualität) im Bahnverkehr aufrechterhalten zu können.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



173. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
12. November 2019

Antrag 5

Sonderklagerechte

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Keine Ausweitung der Sonderklagerechte für Konzerne

Die EU-Kommission versucht über die Einrichtung des Multilateralen Investitionsschiedssystems auf multilateraler Ebene die umstrittenen Sonderklagerechte für Konzerne festzuschreiben. Diese Sonderklagerechte für Konzerne sollte aus Sicht der Liste Perspektive gänzlich abgeschafft werden.

Die EU sieht diese Installierung dieses Systems als Reform, wobei aber keines der problematischen Punkte der Paralleljustiz angetastet werden.

- Konzerne können damit in Zukunft weiterhin Staaten vor Schiedsgerichten auf hohe Schadenersatzsummen verklagen, wenn sie ihre Profite durch neue Gesetze gefährdet sehen.
- Staaten haben auf der anderen Seite aber keinerlei Möglichkeit, Konzerne zu verklagen.
- Die Schiedsrichter sollen wie bisher aus einem Kreis internationaler Anwaltskanzleien ausgewählt werden, die an den Verfahren verdienen und somit ein Eigeninteresse an Konzernklagen gegen Staaten haben.

Die Ausweitung der Sonderklagerechte gefährdet auch die Energiewende, weil Klagen mit hohen Schadenersatzforderungen gegen Klimaschutzmaßnahmen in der Zukunft verstärkt drohen.

Die Vollversammlung der AK Wien fordert den Stopp der Einführung des Multilateralen Investitionsschiedssystems als Werkzeug der Ausweitung der Sonderklagerechte.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------